



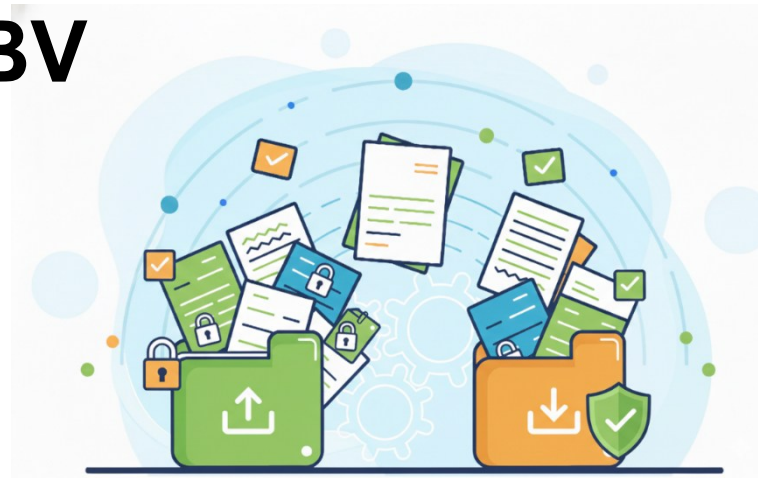
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Zentrale Dienste

Elektronische Kommunikation im Justiz- und Verwaltungsbereich

Projekt BEKJ-BV



18.08.2026 / Tagung Informatik und Recht



Gesetzgebungsprojekts «BEKJ»

Christoph Raess, BJ



Merkmale des Gesetzgebungsprojekts «BEKJ»

- Anstoss durch die Kantone und das Bundesgericht, nicht durch das Parlament oder der Bundesrat → Umkehr des Gesetzgebungsprozesses
- Entscheid für gemeinsame Körperschaft als Trägerin der Plattform → «Föderalisierung» des Projekts aufgrund der Vernehmlassung
- «Hohes Tempo» in der Digitalisierung → Rudimentäre gesetzliche Regelung, Spielraum der Körperschaft und Zeitdruck
- Querschnittsprojekt über Bund, Kantone, alle Gerichte und die Verwaltungseinheiten des Bundes → Gesetzgeberische Herausforderung
- Ausschluss der kantonalen Verwaltungsverfahren, dafür Einbezug derjenigen des Bundes (VwVG) → Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit, Vereinfachung des Projekts, dafür Schmälerung der Bürgerfreundlichkeit?
- Projekt Justitia 4.0 wandelt sich zur Körperschaft justitia.swiss → Wird sich etwas ändern?



Nächste Schritte (Fokus Bund)

- Auswertung der Vernehmlassung
- Überarbeitung der Verordnung und Ausarbeitung der Departementsverordnung
- Entscheide des Bundesrats
 - Abschliessende Inkraftsetzung BEKJ und VEKJ (geplant auf den 1. Juli 2027)
 - Anwendbarkeitserklärung des BEKJ für die Gerichte des Bundes (Art. 37 BEKJ)
 - Betritt des Bundes zur Körperschaft
 - Wahl der Vertreterin bzw. des Vertreters des EJPD in den Vorstand der Körperschaft
 - Später: Weitere Anwendbarkeitserklärungen und Inbetriebnahme der Plattform für Verwaltungsverfahren
- Gründung der Körperschaft (18 Kantone und der Bund müssen beitreten)
- Betrieb der Plattform justitia.swiss muss vom EJPD bewilligt werden
- Gerichte der Kantone und des Bundes müssen ab 1. Juli 2027 Eingaben empfangen können



Ausblick

- BEKJ als Fortsetzung der bisherigen Harmonisierungsbemühungen in der Schweizer Justiz, aber auch bereits deren Endpunkt?
- Eher nicht, zwei Punkte sind nämlich bereits absehbar:
 - Korrektur der «Schönheitsfehler» des BEKJ mit BEKJ 2.0
 - Weiterer Rechtsetzungsbedarf auf Verordnungsebene (Ablösung der anerkannten Zustellplattformen durch die Plattform nach Artikel 6a Absatz 2 VwVG?)
 - Von der «PDFisierung» der Justiz zu ???



IT-Projekt «BEKJ-BV»

Serge Guignard, BJ



BEKJ - Änderungen VwVG Art. 6a

Mit dem BEKJ treten auch die Änderungen im VwVG in Kraft (Art. 6a und folgende)

² Der Bundesrat beauftragt eine Verwaltungseinheit der zentralen Bundesverwaltung, für Verfahren nach diesem Gesetz [Verwaltungsverfahren] **eine Plattform für die elektronische Übermittlung von Dokumenten** zur Verfügung zu stellen.

³ Werden Verfahrensdokumente elektronisch übermittelt, so sind dafür die folgenden Plattformen zu nutzen:

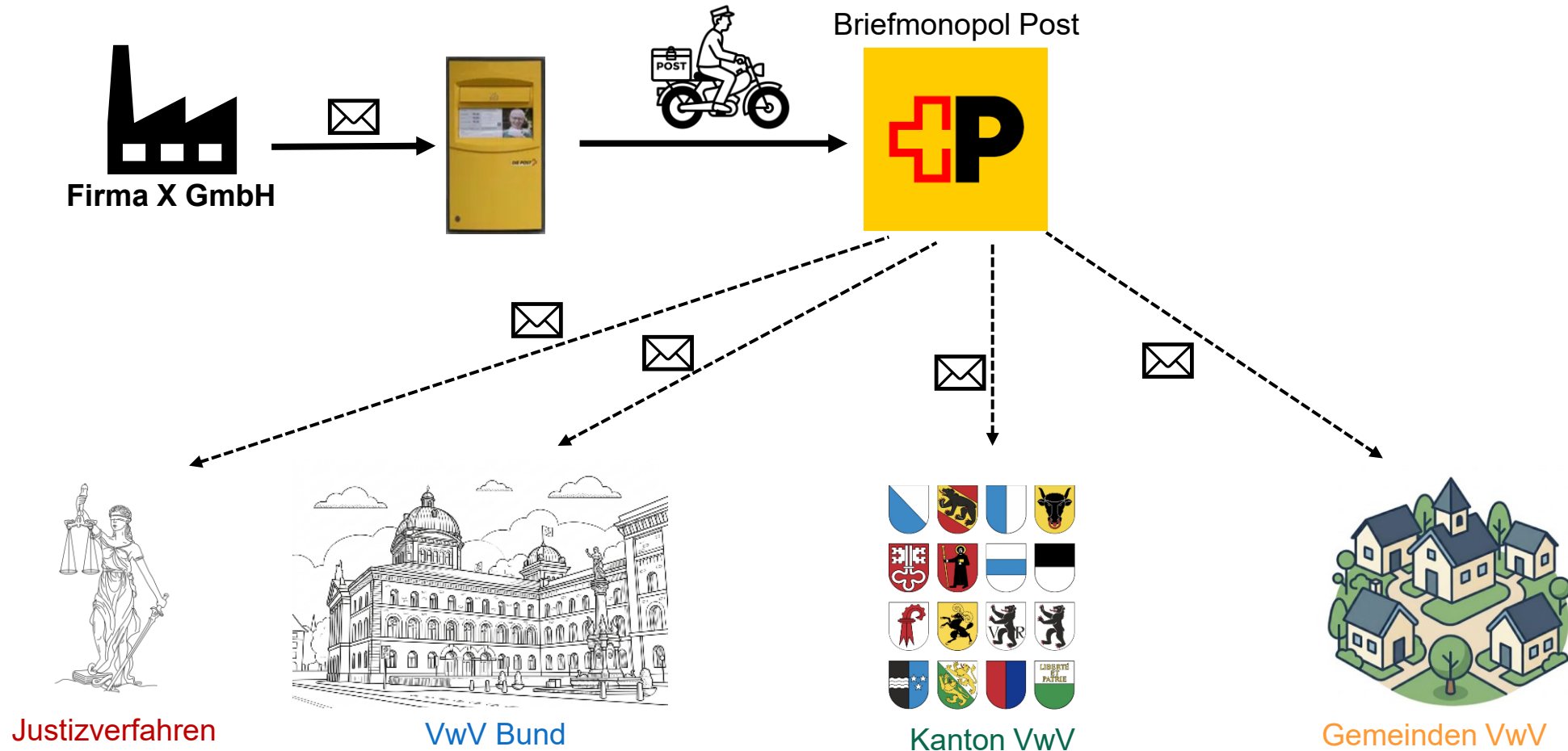
- a. in Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht: eine Plattform nach dem BEKJ;
- b. in allen anderen Verfahren: die **Plattform nach Absatz 2**.

→ **Initialisierung Projekt BEKJ-BV zum Bereitstellen einer Plattform für den Dokumentenaustausch im Rahmen von Verwaltungsverfahren** (d.h. Eingabe, Zustellung und Weitergabe von Dokumenten).



Herausforderung

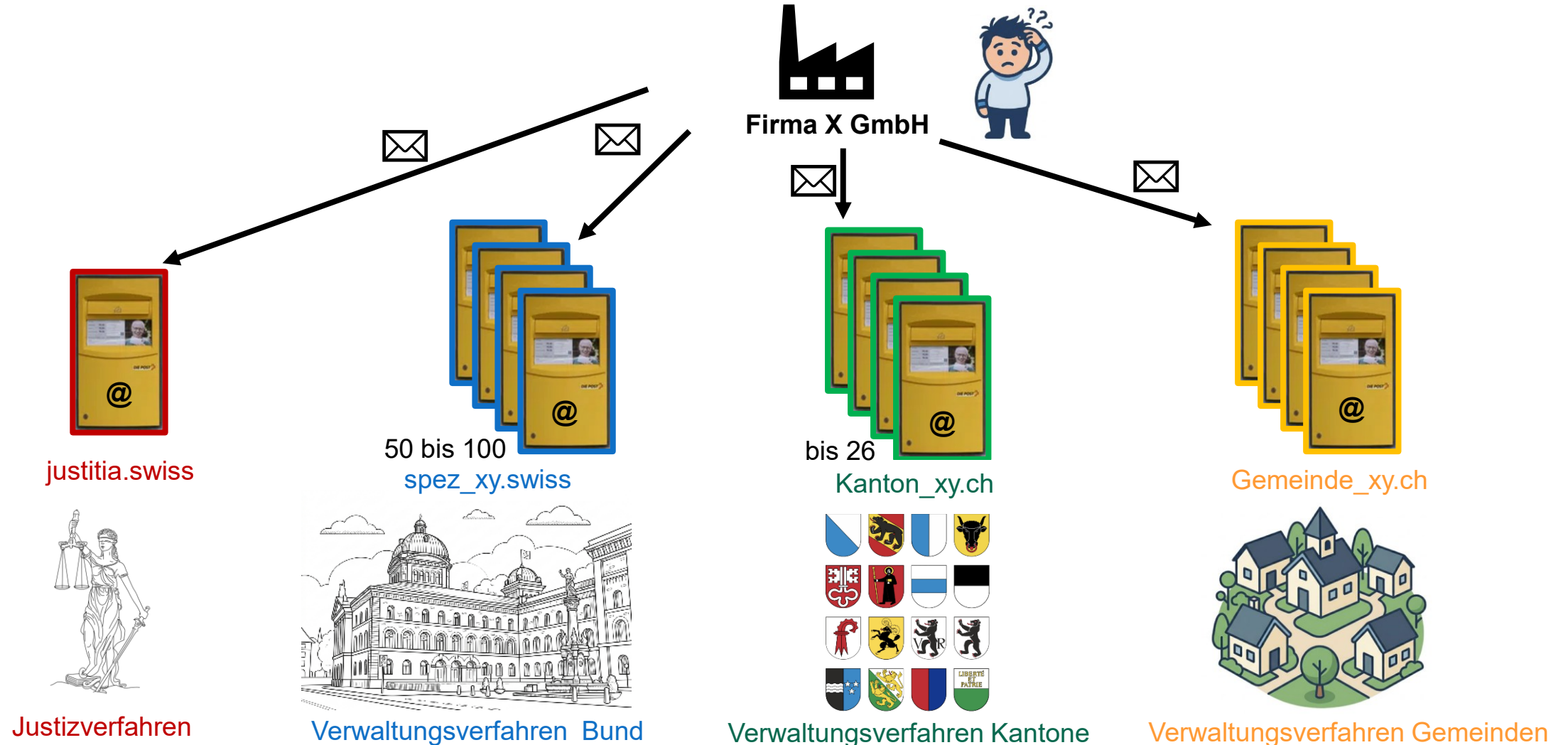
Heutige Architektur: Eingabe - Physischer Brief





Herausforderung (II)

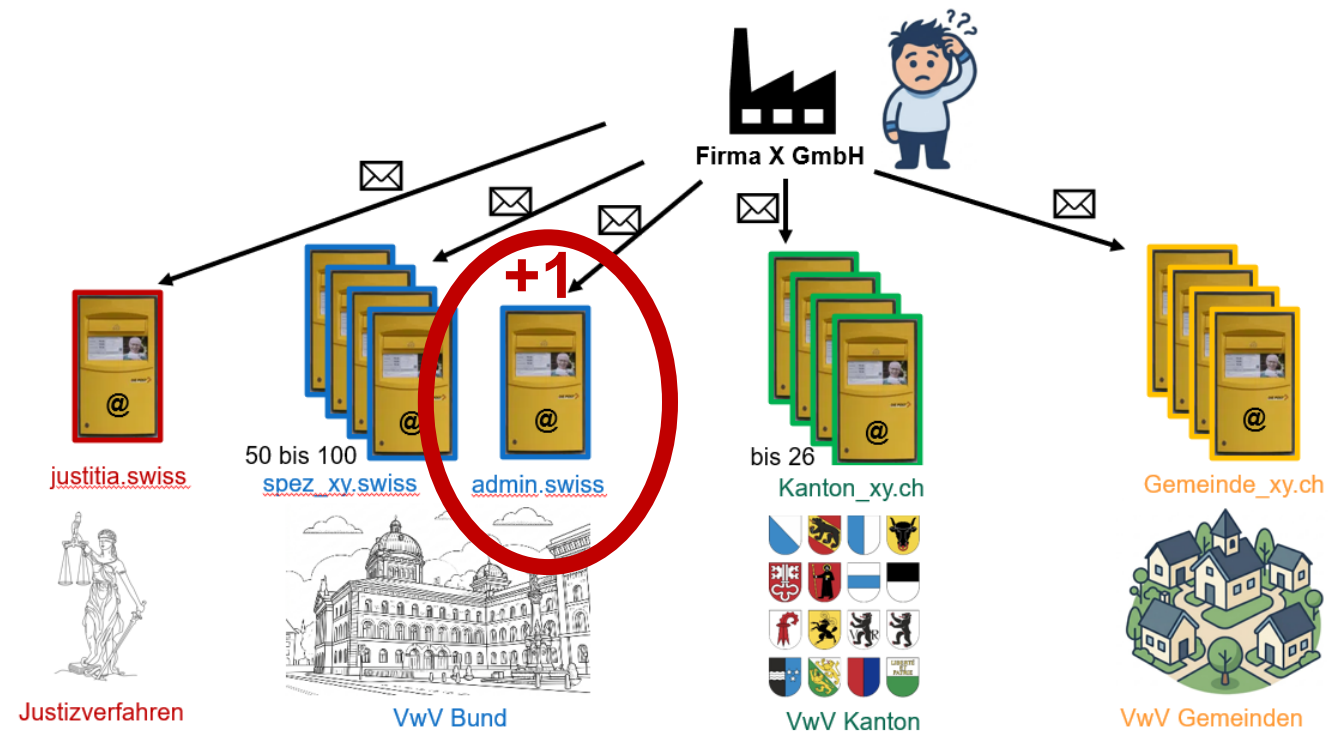
Heutige Architektur: Eingabeplattform – Digitalisiertes Verfahren





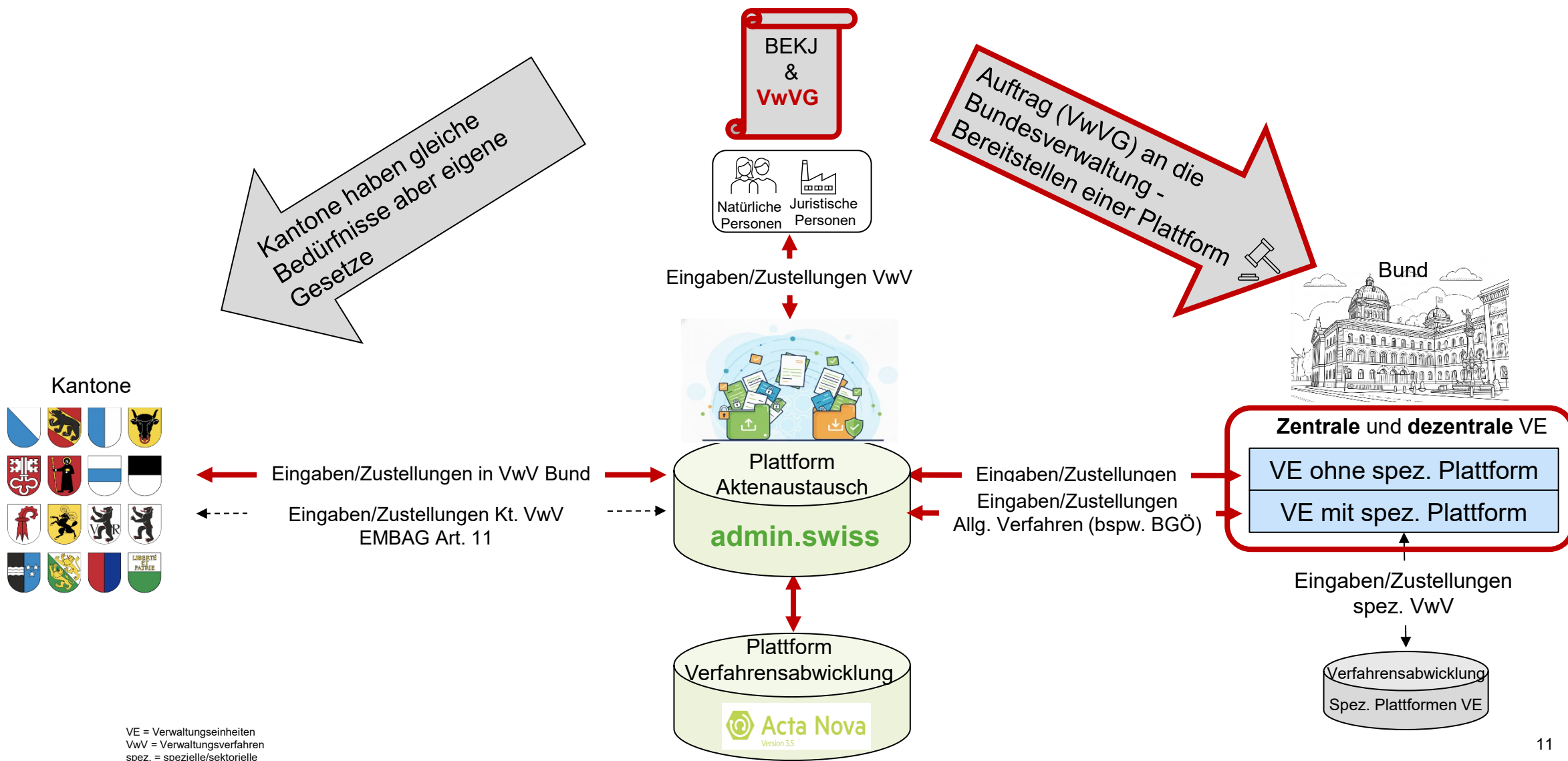
Fragestellung bei der Bereitstellung der Austauschplattform

Erfüllen wir einfach nur den gesetzlichen Auftrag und bauen eine weitere Plattform für den Bund?



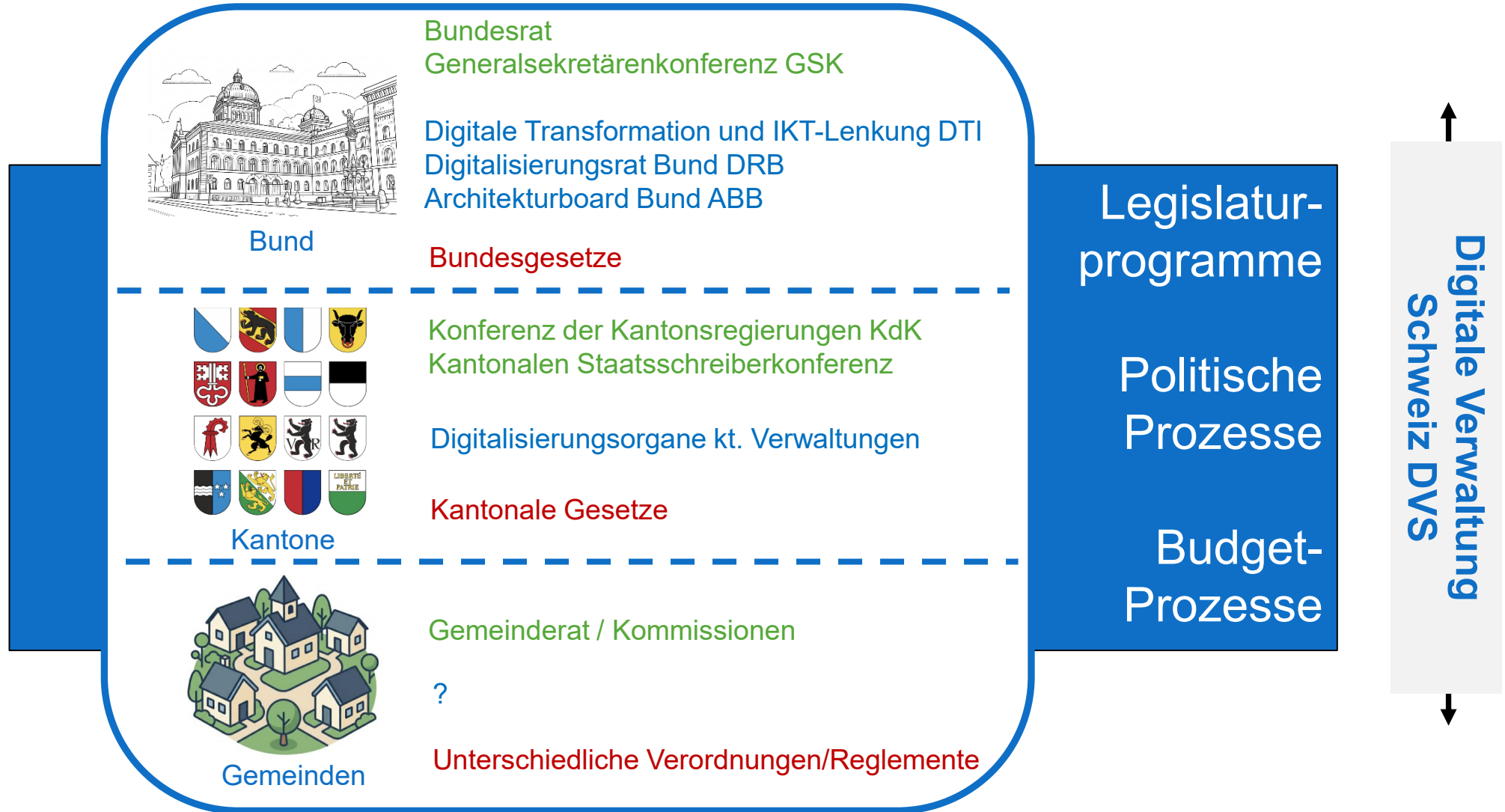


Verwaltungsverfahren Bund/Kantone - Gesamtkontext



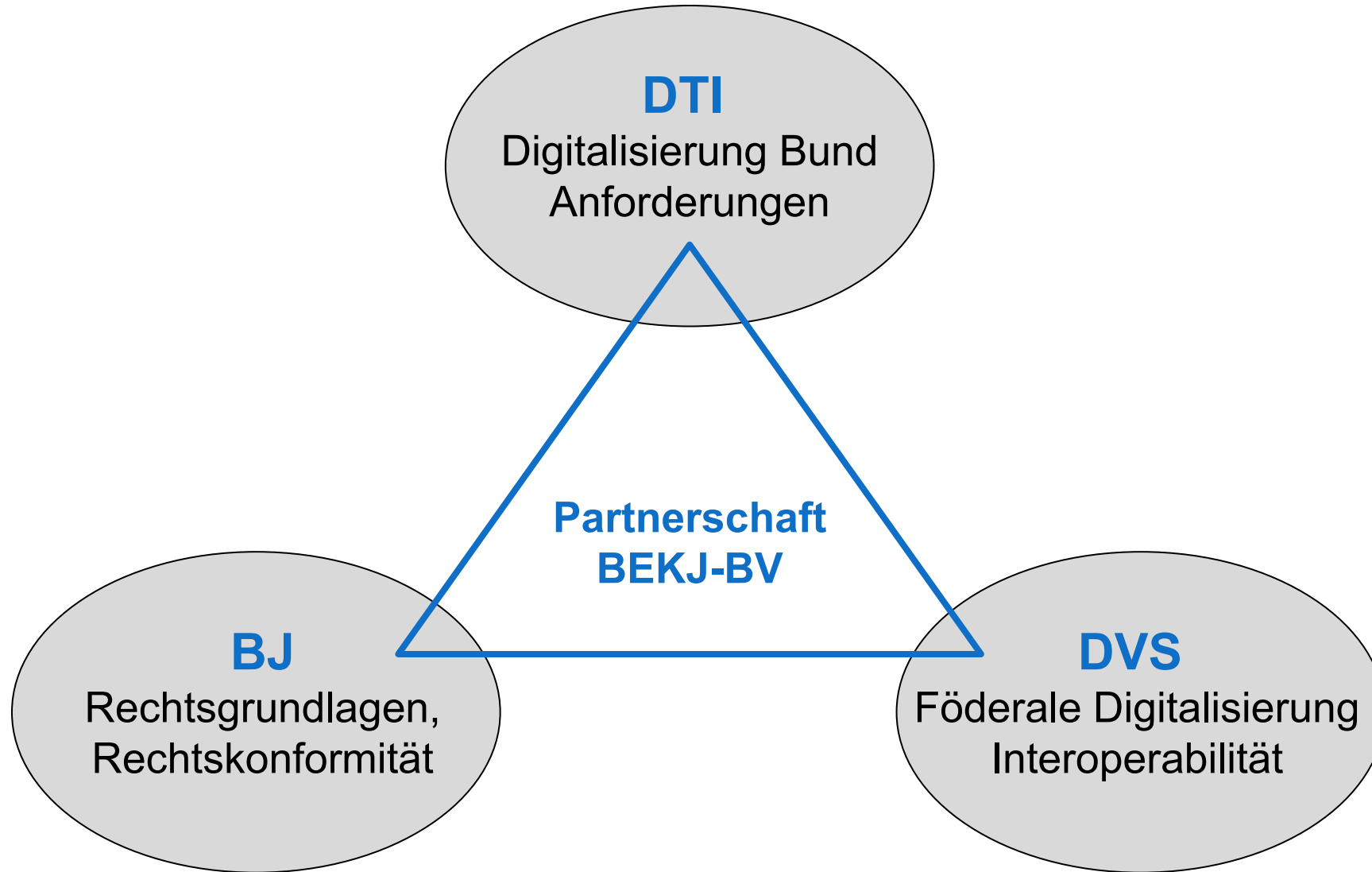


Ausgangslage bei föderalen Digitalisierungsprojekten...





Lösungsansatz - Gemeinsam vor Individuell





Projekt BEKJ-BV - Gemeinsames Ziel



Das Projekt BEKJ-BV hat zum Ziel,
für alle zentralen/dezentralen Verwaltungseinheiten der **Bundesverwaltung**
und für **interessierte Kantone**
eine **Austauschplattform** für die Abwicklung
erstinstanzlicher Verwaltungsverfahren mit Verfügungen aufzubauen.



Projekt BEKJ-BV

Laufende Arbeiten



- Voraussetzungen schaffen für eine starke **Partnerschaft** zwischen DTI, DVS und BJ (Kompetenzen zusammenbringen, Governance definieren, Entscheidungsträger überzeugen, Finanzierung sichern etc.);
- Vorbehaltener Entscheid bzgl. **Standarddienst** wurde gemeinsam mit DTI getroffen - Muss noch durch DRB bestätigt werden;
- **Definition Austauschplattform** – Varianten beschreiben und bewerten;
- **Erhebung Verwaltungsverfahren**
 - Eine Erhebung der Verwaltungsverfahren und eingesetzten Plattformen/technischen Anwendungen bei allen Verwaltungseinheiten wurde durchgeführt
 - Analoge Erhebung bei den Kantonen ist in Vorbereitung.



Projekt BEKJ-BV

Ausblick 2026/2027



- Operationalisieren starke Partnerschaft mit enger Zusammenarbeit DTI, DVS, BJ;
- Bereitstellen der Ergebnisse und Analysen aus der Erhebung der Verwaltungsverfahren;
- Entscheide in den politischen Gremien abholen
 - Governance (Partnerschaft);
 - Austauschplattform als Standarddienst;
 - Finanzierung.
- Bundesratsantrag Aufbau Austauschplattform:
 - Beauftragen der Verwaltungseinheit(en);
 - Kenntnisnahme über Partnerschaft/Zusammenarbeit DTI, DVS, BJ;
 - Kenntnisnahme Austauschplattform als Standarddienst;
 - Kenntnisnahme über Finanzierung.



Fragerunde

